

Belastung oder Bereicherung? Wie sich die EU-Ausländer am Schweizer Arbeitsmarkt schlagen

Einwanderer aus der EU sind am Arbeitsmarkt so aktiv wie Schweizer – und sie sind besser ausgebildet als früher. Dass bürokratische Kontingente oder Punktesysteme die Einwanderung besser steuern würden als die Nachfrage aus der Wirtschaft, ist nicht einzusehen.

Christoph Eisenring

24.08.2020, 11.55 Uhr



36 Prozent des gesamten Pflegepersonals in der Schweiz stammen aus dem Ausland.

Anthony Anex / Keystone

Die Befürworter der «Begrenzungsinitiative», über die am 27. September abgestimmt wird, entwerfen ein Bild des Schweizer Arbeitsmarktes, das Besorgnis erregen müsste, wenn es zuträfe: EU-Ausländer verdrängten Schweizer Arbeitnehmer und setzten deren Löhne unter Druck, liest man. 80% der EU-Ausländer seien zudem billige Hilfskräfte. Schliesslich müsse man die Sozialwerke vor der Plünderung retten, weil EU-Ausländer mehr an Leistungen bezögen, als sie einzahlten.

Was ist dran an diesen plakativen Vorwürfen der Initianten? Gewisse lassen sich leicht entkräften, bei anderen ist die Antwort dagegen

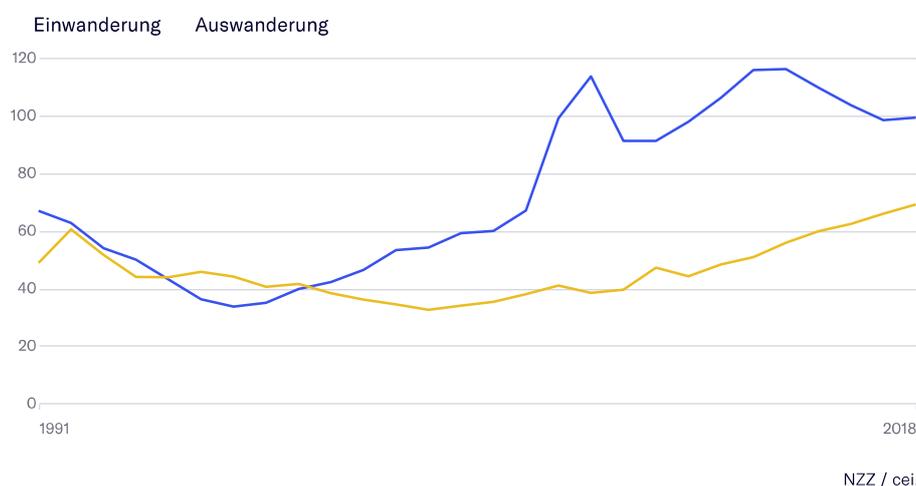
weniger eindeutig.

Wie setzen sich die Migranten aus dem EU-Raum zusammen?

Die Nettozuwanderung aus der EU (inklusive Efta mit Norwegen, Island, Liechtenstein) lag 2019 bei 30 700 Personen. Im Rekordjahr 2013 waren es mit 68 000 doppelt so viele gewesen. Die Zusammensetzung hat sich dabei etwas verändert: Stammen 2010 zwei von drei Einwanderern aus West- und Nordeuropa, war es 2019 noch jeder zweite. Erhöht hat sich der Anteil aus Süd- und Osteuropa. In die Schweiz einreisen darf nur, wer einen Arbeitsvertrag hat oder über genügend finanzielle Mittel verfügt.

Die Nettozuwanderung aus der EU hat sich stark verringert

Ein- und Auswanderung aus der EU-28 (in Tausend)



Welche Qualifikationen haben Zugewanderte?

Die Qualifikation der EU-Migranten hat sich seit Abschluss des Freizügigkeitsabkommens stark verbessert. Unter denjenigen, die vor 2002 eingewandert sind und 2016 noch in der Schweiz lebten, verfügten nur 27% über einen Uni- oder Fachhochschulabschluss, 43% hatten dagegen keine nachobligatorische Schulbildung genossen. Bei den Personen, die seit 2002 gekommen sind, halten nun aber schon 57% ein Hochschuldiplom; nur noch 16% haben keinen Ausbildungsabschluss.

Trotzdem wäre es ein Trugschluss, nur Akademiker als «gute» Einwanderer zu sehen. Gerade die Pandemie illustriert, wie wichtig auch andere Berufsgruppen sind. So arbeiten im Tessiner Gesundheitswesen rund 4000 Personen aus Italien, auf die während der schlimmen Wochen im März und April niemand verzichten wollte. 36% des gesamten

Pflegepersonals in der Schweiz stammen aus dem Ausland, davon weit überwiegend aus Deutschland, Frankreich und Italien. Ihre Dienste erhöhen die Wohlfahrt der Schweizer. Das sollte mitbedenken, wer von Kosten der Einwanderer für das Schweizer Sozialsystem spricht.

Sind Zugewanderte häufiger arbeitslos als in der Schweiz Geborene?

Die Arbeitslosenquote von Schweizern lag 2019 (nach Definition der Internationalen Arbeitsorganisation, ILO) bei 3,5%, diejenige von Migranten aus der EU bei 6%. Von den wichtigsten vier Nationalitäten haben Deutsche die niedrigste Quote – sie sind gleich oft arbeitslos wie Schweizer. Portugiesen verzeichnen mit 7,3% die höchste Quote, Italiener und Franzosen liegen dazwischen.

Entsprechend beziehen Personen aus der EU über alles gesehen auch mehr Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung, als sie selbst dazu beitragen. Deutsche und Franzosen sind zwar Nettozahler, Italiener und vor allem Portugiesen, Rumänen und Bulgaren dagegen Nettobezügler.

Wie viele EU-Einwanderer beteiligen sich am Arbeitsmarkt?

Die Erwerbsquote gibt darüber Auskunft, wie viele Menschen am Arbeitsmarkt mitmachen. Sie lag im Jahr 2019 für alle Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren bei 84,3%. Mit 87,7% sind sogar mehr EU/Efta-Einwanderer am Arbeitsmarkt aktiv als Schweizer mit 84,6%. Bei den Deutschen liegt die Quote bei über 90%. Da der Wert auch für Schweizer innert zehn Jahren noch einmal um 2,5 Prozentpunkte gestiegen ist, entkräftet dies das Argument, dass EU-Ausländer Schweizer vom Arbeitsmarkt verdrängen würden.

Wie sieht es bei den Löhnen aus?

Der Tieflohnbereich ist trotz Zuwanderung geschrumpft. Er umfasst diejenigen Stellen, die mit weniger als zwei Dritteln des mittleren Lohnes entschädigt werden. Der Anteil ging von 2008 bis 2018 leicht von 11,7 auf 10,8% zurück.

Die Nominallöhne der Schweizer sind auch in dieser Zeitspanne gewachsen, jährlich im Schnitt um 0,8%. Stagniert haben allerdings in

dieser Zeit die Saläre von Uni-Abgängern; für Fachhochschulabsolventen wuchsen sie nur leicht. Hier könnte die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften dämpfend gewirkt haben – allerdings gehören Akademiker mit Schweizer Löhnen immer noch zur Weltspitze.

Weil so viele EU-Zuwanderer arbeiten, ist die wichtigste Voraussetzung erfüllt, damit sie nicht in die Sozialhilfe abgleiten. 2018 bezogen 3,2% der Wohnbevölkerung in der Schweiz Fürsorgeleistungen. Bei den Migranten aus EU/Efta-Staaten waren es mit 2,9% etwas mehr als bei den Schweizern mit 2,2%. Bei Einwanderern aus Nord- und Westeuropa lag die Quote bei 2%, bei solchen aus Rumänien und Bulgarien bei 4,2%.

«Lohnen» sich Zugewanderte für die Schweiz?

Immer wieder taucht die Frage auf, ob Migranten den Staatshaushalt be- oder entlasten. Dabei schaut man sich an, was die derzeitigen Migranten an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen einzahlen und was sie im Gegenzug an Leistungen beziehen. Laut einer Studie von 2018 macht die Schweiz unter 29 europäischen Staaten den besten «Schnitt»: Die Beiträge übersteigen die Kosten, wobei der Saldo 1,6% am Schweizer Bruttoinlandprodukt ausmacht. Das hat damit zu tun, dass 17% der Bevölkerung in der Schweiz aus EU-Staaten stammen – kaum ein anderes Land hat einen so hohen Anteil.

Und wie sieht es längerfristig aus?

Allerdings fällt diese statische Sicht zu positiv aus, da es sich um eine Momentaufnahme handelt. Migranten werden selbst alt und beziehen dann Alters- und Gesundheitsleistungen. Nathalie Ramel und George Sheldon von der Uni Basel haben vor einigen Jahren untersucht, wie sich die Kosten und Beiträge über die Zeit entwickeln, unter der (vereinfachten) Annahme, dass die Migration gleich weitergeht wie in den Jahren 2003 bis 2009.

Die Forscher berücksichtigen auch, dass Einwanderer aus den «nördlichen» EU-Staaten kürzer im Land verweilen als solche aus südlicheren Gefilden. Überspitzt gesagt: Hochqualifizierte kommen und gehen, schlechter Qualifizierte kommen und bleiben, was die Bilanz für den Staatshaushalt verschlechtert.

Für die Bürger der EU-17 (ohne osteuropäische Länder, deren Beitritt 2004 und 2007 erfolgte) fällt die fiskalische Bilanz auch langfristig gesehen positiv aus. Das Plus für den Schweizer Fiskus macht rund 35 000 Fr. pro Haushalt aus.

Für Migrantenhaushalte aus nördlichen EU-Staaten kommt Sheldon auf 109 000 Fr., für solche aus südlichen Staaten (vornehmlich Italien, Spanien und Portugal) in der ungünstigsten Variante dagegen auf ein Minus von 105 000 Fr. Allerdings dreht der Saldo auch für letztere Gruppe erst nach gut 35 Jahren ins Negative.

Nun ist seit Sheldons Berechnungen der Anteil der nordischen EU-Zuwanderer am Total gesunken, derjenige der Zuzüger aus dem Süden und Osten gestiegen. Dies dürfte die Bilanz verschlechtern. Gleichzeitig haben die Qualifikationen weiter zugenommen und sind mehr Personen am Arbeitsmarkt beteiligt, was die Bilanz entlastet.

Damit scheinen Befürchtungen der Initianten übertrieben, die als Folge der Personenfreizügigkeit ein «Kostendesaster» an die Wand malen. Allerdings wäre es auch naiv, zu glauben, die Einwanderer würden unsere Sozialsysteme sanieren.

Welches Fazit lässt sich ziehen?

Alles in allem lässt sich sagen, dass sich Migranten aus der EU vergleichsweise leicht in den Schweizer Arbeitsmarkt integrieren. Sie arbeiten so hart wie die Schweizer, sind indes etwas öfter arbeitslos und abhängig von Sozialhilfe. Für den Fiskus sind Immigranten aus nordischen EU-Staaten ein «einträgliches Geschäft», während die Bilanz für Haushalte aus südlichen und östlichen Ländern weniger gut aussieht. Doch die vorhandene Forschung lässt insgesamt keine dramatischen Effekte erwarten.

Es ist zudem keineswegs gesagt, dass mit planwirtschaftlichen Kontingenten oder einem bürokratischen Punktesystem alles besser funktioniert als mit der heutigen Personenfreizügigkeit, die hauptsächlich durch die Arbeitsnachfrage der Unternehmen und damit vom Markt her geprägt ist. Es ist schwer vorstellbar, dass der Staat besser weiss, was die Wirtschaft braucht, als die Unternehmen.

Gerade inländisch orientierte Branchen, die weniger produktiv sind als exportorientierte, finden im politischen Prozess häufig ein offenes Ohr. Es verlieren dann weniger gut vernetzte Branchen, die vielleicht höher qualifiziertes Personal anstellen möchten, aber nicht können, sollte die Quote schon ausgeschöpft sein.

Aus einer neuen Studie geht zudem hervor, dass Firmen dank der Personenfreizügigkeit vakante Stellen besetzen und deshalb schneller wachsen können als ohne diese Zuwanderung. Laut der Studie verschafft das gut qualifizierten Schweizern Aufstiegschancen, wodurch sie mehr verdienen können. Insgesamt sind die Löhne in der Schweiz auch nach Einführung der Personenfreizügigkeit noch leicht gestiegen und sind noch einmal mehr Menschen am Arbeitsmarkt aktiv. Das passt nicht zu Argumenten über Lohndrückerei und Verdrängung.

Ein Anziehungspunkt der Schweiz für ausländische Firmen ist gerade der liberale Arbeitsmarkt. Dazu zählt, dass Firmen flexibel auf Personen aus der EU zurückgreifen können, und zwar für Tätigkeiten, die hohe oder niedrige Qualifikationen bedingen. Wer die Personenfreizügigkeit bodigen will, der sollte mit besseren Argumenten als den vermeintlichen Verlusten am Arbeitsmarkt kommen.

Mehr zum Thema

Die Bilateralen bringen der Schweiz mehr Wohlstand – oder doch nicht? Warum Ökonomen darüber streiten

Laut diversen Schweizer Studien haben die Abkommen mit der EU erheblichen wirtschaftlichen Nutzen für die Schweiz. Eine Londoner Analyse sagt das Gegenteil. Die Frage ist, wie solche völlig unterschiedliche Einschätzungen entstehen.

Hansueli Schöchli 18.08.2020



Schaden Einwanderer den Schweizern auf dem Arbeitsmarkt?

Wenn mehr Einwanderer auf den Schweizer Arbeitsmarkt kommen, könnte das die Löhne der Einheimischen unter Druck setzen. Doch eine neue Studie zur Liberalisierung bei den Grenzgängern zeitigt überraschende Ergebnisse.

Christoph Eisenring 08.06.2020



Die Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung» (Begrenzungsinitiative) auf einen Blick

Am 27. September stimmt das Volk über die Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit ab. Die Schweiz soll die Einwanderung aus der EU selber steuern. Dies würde auch die Bilateralen mit Brüssel infrage stellen.

Tobias Gafafer 14.05.2020



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.